

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers und die Verantwortlichkeit der Redaktion übernehmen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. -

Veröffentlichung des Anzeigers und die Verantwortlichkeit der Redaktion übernehmen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. -

Telegramme: Engelbert Auergebirge. Inhaltlich die amtliche Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgeschäfts Aus. Postfach-Nr. 144

Nr. 49

Mittwoch, den 27. Februar 1924

19. Jahrgang

Der Reichskanzler hat das Wort!

Der „große Tag“ machte sich diesmal im Reichstag trotz der angekündigten Kanzlerrede äußerlich weniger bemerkbar als sonst. Im Sitzungssaal flüchteten nicht nur auf den Bänken der Abgeordneten viele Gäste, sondern auch die Subskribenten waren nicht gerade überfüllt und auf der Reichstrasse und auf der Pressetribüne sah es nicht viel anders wie an gewöhnlichen Tagen aus. Wahrscheinlich erklärt sich das daraus, daß schon vorher die Öffentlichkeit tagelang durch die Presse über den voraussichtlichen Verlauf dieses ersten Sitzungstages und über den vermutlichen Inhalt der Kanzlerrede unterrichtet war. Auf der rechten Seite des Hauses hatten wohl auch viele Abgeordnete den Besuch der Reichslandtagsversammlung dem Reichstagsbesuch vorgezogen. Nun die Fehlenden werden sich leicht trösten können, wenn sie lesen und hören, daß die Rede des Reichskanzlers oratorisch keine Glanzleistung war und inhaltlich keinerlei Überraschungen brachte. Aber sie war trotzdem eine gute, wohlüberlegte Rede, die ihren Eindruck im In- und Auslande machen wird. Der Reichskanzler Dr. Marx hielt sich dabei eng an seine Niederschrift, die er von der Rednertribüne des Hauses verlas. Die Aufgabe, die dem Reichskanzler gestellt war, war gewiß nicht leicht. Er hatte die verschiedenen Bestimmungen des Reichswährungsgesetzes, die unter der Wirkung des Ermächtigungsgesetzes von der Regierung erlassen worden sind und diese haben nicht nur bei den Oppositionsparteien, sondern auch bei den Regierung stützenden der Mitte mancherlei Kritik erfahren. Es war deshalb doch durchaus geschickt von dem Reichskanzler anzugeben, daß das Werk der Regierung nicht fehlerlos sei. In der Tat kann ja auch die Regierung mancherlei mildernde Umstände zu ihren Gunsten ins Feld führen. Selten ist wohl eine Regierung vor so ungeheure Aufgaben unter so schwierigen Verhältnissen gestellt worden. In kürzester Frist mußten schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden über Fragen, die vollständig neu und ungeklärt sind und über die auch in den Kreisen der Sachverständigen die größten Meinungsverschiedenheiten herrschen. Dabei hatte sie nicht einmal festen Boden unter den Füßen. Mit bestem Gewissen konnte Dr. Marx daher für die Regierung in Anspruch nehmen, daß sie ihre Pflicht nach Kräften erfüllt habe, und er konnte mit nicht unberechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß es der Regierung gelungen ist, die eine große, alles übrige weit in Schatten stellende Aufgabe wenigstens vorläufig zu lösen, nämlich die Sicherung und Erhaltung der Stabilität unserer Währung. In unserer schnelllebigen Zeit vergeht man ja schnell. Die Schrecken des Währungsverfalls jedoch dürften allen Deutschen so tief in die Seele gebrannt sein, daß jeder bis an sein Lebensende daran denken wird und sein erster dringender Wunsch stets sein und bleiben wird, nicht von neuem durch dieses furchtbare Hegefeuer getrieben zu werden. Die Reichsregierung kann also auf die Zustimmung aller einigermassen vernunftbegabten Deutschen rechnen, wenn sie als ihr höchstes Ziel die Erhaltung der deutschen Währung hinstellt und ihm alle anderen Rücksichten unterordnet.

Zwei Gefahren bedrohen nach Auffassung des Reichskanzlers die Erhaltung dieses Zieles. Die eine liegt in der auswärtigen Lage. Es ist bemerkenswert, daß auch der Reichskanzler sich der Auffassung des Außenministers anschloß, daß auch in dieser Beziehung die leise Dämmerung eines neuen besseren Tages für uns anzudringen scheint. Auch er hegt die Hoffnung, daß die Bemannung auf dem Marische ist und daß durch die Arbeit der Sachverständigenkommission vielleicht eine Regelung der Reparationsfrage vorbereitet wird. Dies vermiffen wir allerdings in der Rede des Reichskanzlers die uns sehr notwendig erscheinende Mahnung an das deutsche Volk, Fröhe und Kluge Heberlegenheit zu bewahren und nicht durch politische Extrabargangen oder Versprechungsaußdrücke nach völkischem oder kommunistischem Rezept eine Entwicklung zu streben, die nach dem Urteil aller Eingeweihten für uns nicht ohne Hoffnung ist. Um so mehr können wir ihm zustimmen zu den Bedingungen, die er für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage aufgestellt hat, insbesondere zu seiner Forderung, daß auch im wirtschaflichen Verkehr zwischen Gläubiger und Schuldner die brutale Gewalt ausgeschaltet und humanere Methoden angewandt werden.

Innerspolitisch erklärt der Reichskanzler die größte Gefahr für die Fortdauer und die Festigung der Währungsstabilität und die fortschreitende Gesundung unserer Wirtschaft in den Bestrebungen der Oppositionsparteien von rechts und links, das durch die verschiedenen Notverordnungen mühsam errichtete Gebäude wieder einzustürzen oder doch wenigstens umzubauen. In der Tat kann man nicht bestreiten, daß jeder Versuch, die entscheidenden Bestimmungen einer Wä-

bung zu unterstellen, neue Unsicherheit in unsere gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse tragen würde. Und nichts ist für das Geschäftsleben so verhängnisvoll, wie die Unsicherheit über die Grundlagen, auf denen es beruht. Mit Verlusten kann sich der Geschäftsmann abfinden und dann wieder neu aufbauen, die Ungewissheit raubt ihm aber die Möglichkeit zu gewissenhafter Kalkulation und zum Abschluß langfristiger Kontrakte. Die Regierung handelt also nur pflichtgemäß, wenn sie das Geschaffene dem parlamentarischen Kuhhandel entziehen und lediglich in vertraulichen Besprechungen zwischen Regierung und Parteien vereinbarter Änderungen über gewisse genau festgelegte Punkte zulassen will. Hat sich der Reichstag dieser Forderung nicht, so verfällt er der Auflösung eine Drohung, die allerdings ihre Schrecken etwas verloren hat, weil das natürliche Ende des Parlaments auch so bevorsteht.

Beginn der Aussprache.

Hg. Müller-Franken ergriff zuerst das Wort und erklärt im Namen der sozialdemokratischen Fraktion daß bei der Behandlung der Währungsstabilisierung keine Regierung, welche es auch immer sei, um die Rücksichten auf die auswärtige Politik herumtummeln, um die Erfüllungspolitik. Dennoch dürfe das besetzte Gebiet nicht als Reparationsgebiet behandelt werden oder gar eine Verpfändung des gesamten Elfenbeinweges stattfinden. Was den Beamtenabau betrifft, so dürfe er sich nicht in einen Abbau der Republikaner und Demokraten verwandeln. Gegen schädliche Kartellpolitik gehebe nichts; die Arbeitnehmer seien völlig wehrlos. Sie würden sich aber wieder wehren, wenn die wirtschaftliche Konjunktur eine bessere geworden sein wird. Ganz besonders sprach sich der Redner für die uneingeschränkte Aufhebung des Ausnahmezustandes aus.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

widerpricht dann der Annahme, die Reichsregierung wolle die Sozialpolitik abbauen und zu den Grundrissen der längst überwundenen liberalen Wega zurückkehren. Nach wie vor, betonte der Minister, halte ich den Schutz der Arbeitskraft aufrecht und das Sozialrecht ist unverändert geblieben. Angesichts der unbestreitbaren Tatsache, daß unsere Produktion gegenüber der Vorkriegszeit stark zurückgegangen ist, viele das Maß der geleisteten Arbeit eine Rolle. Was den Achtstundentag und seine internationale Bindung betrifft, so sei zum Beispiel selbst von der jetzigen englischen Arbeiterregierung noch nicht festgelegt worden, daß sie das Wahltionsverkommen ratifizieren werde. Bei uns seien die Abweichungen vom Achtstundentag an ganz bestimmte Bedingungen gebunden. Durchaus notwendig sei ein einheitliches Zusammengehen mit den anderen Industriestaaten.

Der erste Tag des Hitler-Prozesses.

Gestern vormittag begann der Hitler-Prozess, bei dem folgende Zeugen genannt werden: der frühere Generalstaatskommissar Dr. v. Raub, der bisherige Kommandant des Wehrkreiskommandos v. Lössow, Oberst Seiffel, Regierungspräsident v. Lorik, Hauptkassierer Schiedt, der frühere Leiter der Pressestelle des Generalstaatskommissariats. Von der Reichswehr sind 21 Offiziere, darunter 3 Generalmajore als Zeugen geladen, von der Infanterieschule 12 Offiziere, darunter der Generalmajor v. Lieschowsky, ferner eine große Zahl von Offizieren und Wachmännern der Landespolizei von München und Oberlandberg. Außerdem eine Reihe von Beamten der Polizeidirektion München, darunter der Polizeipräsident sowie verschiedene Privatpersonen.

Die Anklagechrift

umfaßt 40 Seiten. Adolf Hitler wird als die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet; denn er habe den Plan zu dem Unternehmen entworfen, sich bei der Ausführung an die Spitze gesetzt, den Sturz der Regierung im Reiche und in Bayern erklärt und für sich selbst die oberste Leitung der Reichspolitik in Anspruch genommen. Er sei bemüht gewesen, das Unternehmen zu festigen und zu erweitern und es auch damit noch fortzuführen, als ihm die völlige Ausschüttelbarkeit vollkommen klar sein würde.

Bei General Ludendorff sei die Annahme begründet, daß er aber das für den 8. November geplante Unternehmen schon vorher genau unterrichtet war, von der vollkommen verfassungswidrigen Art des eingeleiteten Unternehmens habe er sicher spätestens am Abend des 8. November Kenntnis erhalten, als er mit Kraftwagen abgeholt und zum Bürgerbräukeller gebracht wurde. Er sei auch sofort auf die Seite des Unternehmens getreten und habe sich als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee betätigt.

Ebenso werden die Anklagepunkte gegen die übrigen Angeklagten festgelegt, nämlich gegen den Oberlandesgerichtsrat Wöhner, Volksgerichtsratmann Fried, Dr. Weber, Hauptmann Köpfer, Oberleutnant Bräuner, Leutnant Wagner, Oberleutnant Kriebel, Oberleutnant Verr... Hitler, der am Nachmittage vernommen wurde,

schwerte seine Jugend, wie er schon früh gezwungen war, auf eigenen Füßen zu stehen und wie er, von fanatischer Freundschaft gegen den Marxismus erfüllt (den er als die „prinzipielle Verneinung des persönlichen Wertes, die an Stelle der Person die Zahl setzt“ definiert), zum Antisemiten und Nationalisten geworden sei. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei sei zuerst eine ganz winzige Gruppe nur gewesen, jetzt aber umfasse sie Millionen. Sturmabteilungen der NSDAP. seien lediglich zu ihrem Schutze gegen Terror von links begründet worden.

Auf Grund von Verhandlungen in der Sitzung vom 6. November habe er den Eindruck gewonnen, daß Raub, Lössow und Seiffel nicht mehr zurück konnten. Lössow habe gedroht, daß, wenn jetzt nicht aus dem Norden losgeschlagen würde, die Separation tatsächlich nicht zu vermeiden wäre. Auf Grund dieser Tatsachen seien die Beschlüsse vom 8. November gefaßt worden. Es sei auch bestimmt worden, daß Ludendorff als Offizier nicht wissen sollte. Die entscheidende Sitzung, habe am 7. November stattgefunden. Als Termin für das Handeln wurde dabei der 8. November bestimmt. Wenn er gehat hätte, daß die Herren am 12. November die Sache selbst machen würden, so hätte er die Sache vom 8. November unterlassen.

Hitler kommt dann auf die Vorgänge im Bürgerbräukeller zu sprechen, wobei er hervorhebt, daß seine Leute auf Raub die Pistole nicht ange schlagen hätten. Was man aber die Aeußerungen Raubs geschrieben habe, sei ganz unzusammenhängendes Gerede und zum Teil erstunden. Hitler habe Raub nahegelegt, den Kronprinzen Rupprecht zu verfländigen, daß diese Revolution nichts anderes sei als nur die Abrechnung mit den Novemberverbrechern.

Hitler gab dann eine Schilderung über den Marsch in die Stadt und trat hierbei der Behauptung entgegen, daß seine Leute die aufgestellten Soldaten entmachtet hätten. Bei dem Zusammenstoß in der Residenz habe er infolge Sturzes einen Schlüsselbruch erhalten. Nachdem Hitler mehr als vier Stunden gesprochen hatte, sagte er seine Ausführungen in folgenden Sätzen zusammen:

Ich kann mich nicht schuldig bekennen.

Ich bekenne mich zur Tat! Es gibt keinen Hochverrat bei einer Handlung, die sich gegen den Landesverrat von 1918 wendet. Wenn wir schon Hochverrat getrieben haben sollten, dann wüderere ich mich, daß die, welche damals das Gleiche getan haben, nicht an meiner Seite sitzen! Ich fühle mich hier nicht als Hochverräter, sondern als Deutscher, der die Tat gemollt hat für sein Volk.

Was die Herfindung der „Münchner Post“ betreffe, so habe er seinerzeit bei der Polizeidirektion Schritte zur Verhinderung derartiger Vorgänge unternommen. Von der Durchführung in der Wohnung des Abgeordneten Auer habe er nichts gewußt. Bezüglich der Gefekverhaftung erklärte Hitler, eine Freilassung wäre unmaßglic gewesen, da die Gefeklen von der Volksmenge erschlagen worden wären. Auf weitere Fragen des Vorstehenden erklärte Hitler, daß er die Beschlagnahmen veranlaßt habe. Die weitere Entwicklung der Dinge habe er sich so vorgestellt, daß eine ungeheure nationale Welle in ganz Deutschland losbrechen würde. Wenn General v. Seeckt die Absicht gehabt habe, von sich aus loszuschlagen, dann mußten die Ereignisse in München die Entwicklung der Dinge in Berlin beschleunigen. Auf verschiedene Fragen des Ersten und Zweiten Staatsanwaltes bezeichnete es Hitler als Tatsache, daß Teile der Reichswehr und der Landespolizei im Unmarich gewesen seien.

Die Auspländerung unseres Holzbestandes.

Zwischen der internationalen Rheinlandkommission und Vertretern der gesamten Holzwirtschaft des besetzten Gebietes wurde kürzlich ein Abkommen betr. die Holzreparationslieferungen getroffen. Bis Anfang 1925 ist ein Teil der Holzmassen, die Deutschland auf Grund der Forderungen der Reparationskommission angehöcht noch liefern soll, unentgeltlich an die alliierten Mächte zu liefern. Der Gegenwert der Lieferungen wird Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Außer der Sicherheit der Lagerverräte im besetzten Gebiet, genießen die beteiligten Firmen auch eine Ermäßigung des Einfuhrzolles für verschiedene Maße des deutschen Holztarifes sowie eine Ermäßigung der Ausschubabgaben auf 1 Prozent ihres Wertes.

Mittheilung der Pfälzer Beamten.

Nach den in den letzten Tagen mit General de Weizsäcker geführten Verhandlungen hat dieser sich bereit erklärt, den von den Separatisten ausgewiesenen Beamten die Rückkehr und die Wiederaufnahme ihrer Amtstätigkeit zu gestatten. Der größte Teil dieser Beamten ist daher schon am Orte ihrer früheren Tätigkeit eingetroffen, wo die Beamten am Montaa ihre Dienstgeschäfte wieder aufnehmen haben. Ferner hat de Weizsäcker sich bei der Rheinlandkommission dafür zu verwenden, daß die von General Depaquit über die Städte der Westpfalz verhängten Maßnahmen abgebaut und die von der Rheinlandkommission ausgewiesenen Beamten zurückgerufen werden.